

Ministerium für Inneres, Bau
und Digitalisierung
Mecklenburg-Vorpommern



Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern
19048 Schwerin

Zweckverband Wasserversorgung und
Abwasserbehandlung Rügen
Putbuser Chaussee 1
18528 Bergen auf Rügen

Bearbeiterin: Cathleen Jänicke
Telefon: 0385 588 12246
E-Mail: Cathleen.Jaenicke@
im.mv-regierung.de
Geschäftszeichen: II-681-00000-2023/001-001
Datum: Schwerin, 11. Dezember 2024

Z u e n d u n g s b e s c h e i d

Zuwendung des Landes Mecklenburg-Vorpommern für das Betreibermodell für die Förderung des Breitbandausbaus

Bezug: 1. Ihr Antrag auf Förderung vom 08.01.2024, eingegangen am 12.01.2024
2. Zuwendungsbescheid des Bundes in vorläufiger Höhe vom 06.11.2023,
Aktenzeichen: ZWAR32_13, eAktenNr: 832.6/10-23 03MV200005

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Ihren o. a. Antrag bewillige ich Ihnen auf der Grundlage

- der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbau der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ – Gigabit-Richtlinie des Bundes 2.0 (Gigabit-RL 2.0) vom 31.03.2023,
- der Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des flächendeckenden Aufbaus von Gigabitnetzen in „grauen Flecken“ (Gigabit-Rahmenregelung) vom 13. November 2020 und
der Verwaltungsvorschriften für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften (VV-K) zu § 44 Landeshaushaltsordnung Mecklenburg-Vorpommern (LHO)

als Projektförderung im Wege einer Anteilfinanzierung einen nicht rückzahlbaren vorläufigen Zuschuss bis zu einem Höchstbetrag von

8.900.000,00 Euro

(in Worten: acht Millionen neunhunderttausendEuro).

Im Übrigen wird Ihr Antrag abgelehnt.

Als Grundlage für die Entscheidung über die endgültige Bewilligung hat der Zuwendungsempfänger der Bewilligungsbehörde den endgültigen Zuwendungsbescheid des Bundes vorzulegen.

Die Mittel werden in Bezug auf das Vorhaben „Gigabitausbau der Telekommunikationsnetze M-V“ für das Projektgebiet ZWAR32_13; eAktenNr: 832.6/10-23 03MV200005, in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses zu den zuwendungsfähigen Gesamtausgaben gewährt.

Hausanschrift:
Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung
Mecklenburg-Vorpommern
Arsenal am Pfaffenteich
Alexandrinestraße 1 · 19055 Schwerin

Postanschrift:
Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung
Mecklenburg-Vorpommern
19048 Schwerin

Telefon: +49 385 5880
Telefax: +49 385 588-2972
E-Mail: poststelle@im.mv-regierung.de
Internet: www.im.mv-regierung.de

1. Maßnahme

Gemäß des o. g. Förderantrages und unter Berücksichtigung aller nachträglich eingegangenen Unterlagen werden die o. a. Mittel zur Durchführung für folgendes Projekt bewilligt:

Errichtung und Betrieb einer nachhaltigen und hochleistungsfähigen Telekommunikationsnetzinfrastruktur (Gigabit-Netz) zur Nutzung durch privatwirtschaftliche Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze im Sinne von Nr. 2.2 der Gigabitförderrichtlinie.

Die im Rahmen der Maßnahme vorgesehenen Kilometer an Tiefbauleistungen sowie an neu zu schaffenden gigabitfähigen Infrastrukturen werden mit dem Bescheid über die abschließende Höhe der Zuwendung festgesetzt. Nach Ende der Maßnahme sind allen Teilnehmern im Projektgebiet zuverlässig Bandbreiten von mindestens 1 Gigabit/s symmetrisch zu gewährleisten.

2. Bewilligungszeitraum, Zweckbindung und Finanzierungsplan

- 2.1. Die Zuwendung wird als nicht rückzahlbarer Zuschuss im Rahmen der Projektförderung als Anteilfinanzierung in Höhe von 25 % der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben gewährt.
- 2.2. Das Vorhaben ist in der Zeit ab der Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides **bis zum 11.09.2026** durchzuführen. Alle Maßnahmen müssen bis zum 11.09.2026 abgeschlossen sein.
- 2.3. Änderungen zum Bewilligungszeitraum bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung.
- 2.4. Die Zweckbindungsfrist beträgt sieben Jahre. Die geförderten Infrastrukturen dürfen innerhalb dieses Zeitraums nicht für einen anderen als im Zuwendungsbescheid festgelegten Zweck verwendet werden. Die Frist beginnt ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Infrastruktur und endet mit Ablauf des siebten darauffolgenden Kalenderjahres. Ist beabsichtigt, die mit der Zuwendung errichteten Netzinfrastrukturen und/oder ihre betriebsnotwendigen Bestandteile innerhalb dieses Zeitraums zu veräußern, ist dies der Bewilligungsbehörde vorab anzuzeigen. In jedem Fall ist sicherzustellen, dass der Zuwendungszweck bis zum Ablauf der Zweckbindungsfrist gewahrt bleibt.
- 2.5. Die Zuwendung ist wirtschaftlich und sparsam zu verwenden. Alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen (insbesondere Zuwendungen und Leistungen Dritter) und der Eigenanteil sind als Deckungsmittel für alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Ausgaben einzusetzen.
- 2.6. Unter Berücksichtigung eventuell genehmigter Änderungen ergibt sich folgender Finanzierungsplan:

| Gesamtfinanzierung: | in Prozent | in Euro |
|--|------------|---------------|
| Zuwendungsfähige Gesamtausgaben | 100 | 35.600.000,00 |
| Genehmigte Bundesförderung | 50 | 17.800.000,00 |
| Leistungen Dritter | - | |
| Eigenanteil des Zuwendungsempfängers | 25 | 8.900.000,00 |
| Bewilligter nicht rückzahlbarer Zuschuss | 25 | 8.900.000,00 |

Der Finanzierungsplan ist vorläufig und wird erst mit dem endgültigen Bescheid verbindlich.

3. Auszahlung

- 3.1. Die Zuwendung wird unbeschadet der sonstigen Voraussetzungen erst ausgezahlt, wenn dieser Bescheid bestandskräftig ist. Die Bestandskraft tritt sofort ein, wenn schriftlich auf einen Rechtsbehelf verzichtet wird.
- 3.2. Die Zuwendung darf nur soweit und nicht eher angefordert werden, als sie für bereits erfolgte Zahlungen oder erbrachte Leistungen benötigt wird (Erstattungsprinzip). Der Anforderung ist ein zahlenmäßiger Nachweis der angeforderten Ausgaben beizufügen. Dieser umfasst die Abrechnung des ausbauenden Unternehmens auf Basis des Meilensteinplans sowie einen Nachweis der Auszahlung.
- 3.3. Die Zuwendung kann nur anteilig mit den vorgesehenen eigenen und sonstigen Mitteln des Zuwendungsempfängers in Anspruch genommen werden.
- 3.4. Die Mittelanforderung kann zeitgleich mit der Mittelanforderung gegenüber dem Bund erfolgen. Die Auszahlung erfolgt anteilig nach Maßgabe des Prüfergebnisses des Bundes.

4. Verwendungsnachweis

- 4.1. Die Verwendung der Zuwendung ist gegenüber der Bewilligungsbehörde nachzuweisen (Verwendungsnachweis).
- 4.2. Ergänzend zu Nummer 5.3.6 der VV zu § 44 LHO sind die zur Verwendungsnachweisprüfung nach dem Bundesbescheid einzureichenden Unterlagen auf dem Online-Portal des Bundes einzustellen. Weitere Unterlagen sind beim Land grundsätzlich nicht einzureichen.
- 4.3. Abweichend von Nummer 8.7 der VV zu § 44 der LHO werden ausgezahlte Fördermittel anteilig zurückgefordert, wenn im Rahmen einer Prüfung nach Ablauf der Zweckbindungsfrist festgestellt wird, dass sich die Bemessungsgrundlage der Zuwendung tatsächlich um mehr als 500 Euro verringert hat.

5. Mitteilungspflichten

Der Bewilligungsbehörde ist unverzüglich anzuzeigen, soweit

- nach Vorlage des Finanzierungsplans - auch nach Vorlage des Verwendungsnachweises - weitere Zuwendungen für denselben Zweck bei anderen öffentlichen Stellen beantragt oder von diesen oder von Dritten weitere Mittel ausgezahlt werden,
- sich eine Ermäßigung der zuwendungsfähigen Ausgaben um mehr als fünf Prozent oder mehr als 5 000 Euro ergibt,
- der Zuwendungszweck oder sonstige für die Bewilligung der Zuwendung maßgebliche Umstände sich ändern oder wegfallen,
- sich herausstellt, dass der Zuwendungszweck ganz oder teilweise nicht oder mit der bewilligten Zuwendung ganz oder teilweise nicht zu erreichen ist.

6. Prüfrechte

- 6.1. Die Bewilligungsbehörde ist berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen anzufordern sowie die Verwendung der Zuwendung durch örtliche Erhebungen zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen. Der Zuwendungsempfänger hat die erforderlichen Unterlagen bereitzuhalten und die notwendigen Auskünfte zu erteilen.
- 6.2. Der Landesrechnungshof ist gemäß § 91 Landeshaushaltordnung Mecklenburg-Vorpommern berechtigt zu prüfen.

7. Sonstige Nebenbestimmungen

7.1. Bestandteile dieses Bescheides sind:

- der vorläufige Zuwendungsbescheid des Bundes vom 06.11.2023; eAktenNr: 832.6/10-23 03MV200005,
- die Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ – Gigabit-Richtlinie des Bundes 2.0 (Gigabit-RL 2.0) vom 31.03.2023,
- die Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des flächendeckenden Aufbaus von Gigabitnetzen in „grauen Flecken“ (Gigabit-Rahmenregelung) vom 13. November 2020.

- 7.2. Sie haben zu gewährleisten, dass das durchgeführte Markterkundungsverfahren beim Auswahl- bzw. Vergabeverfahren des Förderprojektes berücksichtigt wird und bei dessen Einleitung nicht länger als ein Jahr zurückliegen darf.
- 7.3. Der mit dem ausbauenden Unternehmen ausgehandelte Vertrag ist der Bewilligungsbehörde nach Durchführung des Auswahlverfahrens vorzulegen.
- 7.4. Ansprüche aus dem Zuwendungsbescheid dürfen weder abgetreten noch verpfändet werden.
- 7.5. Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, die betroffenen Dritten über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten durch die Bewilligungsbehörde zu informieren.
- 7.6. Ich behalte mir vor, den Bescheid im Falle einer Auszahlungssperre oder aus sonstigen zwingenden Gründen zu widerrufen (Widerrufsvorbehalt nach § 36 Absatz 2 Nummer 3 in Verbindung mit § 49 Absatz 2 Nummer 1 Landesverwaltungsverfahrensgesetz - VwVfG M-V) oder nachträglich zu ändern bzw. nachträglich Auflagen zu erteilen, zu ändern oder zu ergänzen (Auflagenvorbehalt nach § 36 Absatz 2 Nummer 5 VwVfG M-V).
- 7.7. Ein auf dem Vorbehalt der Verfügbarkeit von Landesmitteln basierender Widerruf wird nicht bei bereits begonnenen Projekten erfolgen und sich zudem nicht auf die Teile einer Zuwendung erstrecken, für die ein Zuwendungsempfänger im Vertrauen auf den Bestand des Zuwendungsbescheids Rechtsverpflichtungen eingegangen ist.
- 7.8. Auf die von Ihnen im Rahmen der Antragstellung abgegebenen Erklärungen weise ich hin.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage bei dem Verwaltungsgericht Greifswald, Domstraße 7, 17489 Greifswald erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag



Barbara Elwert